

Tennis-Klub-Raunheim e.V.

Satzung

§ 1 Name und Sitz

Der Verein heißt "tennis-klub-raunheim e.v." und hat seinen Sitz in Raunheim. Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht Rüsselsheim ist erfolgt.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Die Aufgabe des Vereins erstreckt sich auf die:
 - a) Pflege und Ausübung des Amateur-Tennisportes
 - b) Durchführung von Turnieren
 - c) Pflege der Geselligkeit unter den Mitgliedern.
2. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Er enthält sich jeglicher konfessionellen, rassischen und politischen Tätigkeit.
3. Der Verein darf keine Personen durch Ausgaben, die dem Vereinszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile oder sonstige, den Zwecken des Vereins zuwiderlaufende Zuwendungen aus dem Vereinsvermögen.
4. Vermögen und Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.
5. Der Verein erkennt mit dem Erwerb der Mitgliedschaft im Landessportbund Hessen e.V. für sich und seine Vereinsmitglieder vorbehaltlos die Satzung des Landessportbundes Hessen und die Satzungen der für ihn zuständigen Fachverbände an.

§ 3 Grundsätze

Der tennis-klub-raunheim e.v. ist parteipolitisch neutral. Er bekennt sich zu den Grundsätzen der Kinder- und Menschenrechte, zur Freiheit des Gewissens und der Freiheit in demokratischer Gesellschaft. Der tennis-klub-raunheim e.v. wendet sich gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Er fördert die Gleichstellung der Geschlechter, sowie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Er tritt allen auftretenden Diskriminierungen und Benachteiligungen von Menschen, insbesondere wegen ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, Geschlecht, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder Behinderung entgegen. Der tennis-klub-raunheim e.v. tritt für das Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit ein. Dies umfasst das Wohlergehen aller ihm anvertrauten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, sowie insbesondere ein couragiertes Eintreten gegen sexualisierte Belästigung und Gewalt, sowie Diskriminierung. Der tennis-klub-raunheim e.v. fördert eine Kultur des Hinsehens, der Transparenz und des Handelns, die Betroffene ermutigt über ihr Leid zu sprechen. Er schafft ein Klima, in dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene vor sexualisierter, körperlicher und psychischer Belästigung und Gewalt geschützt sind und potentielle Täter/innen abgeschreckt werden.

§ 4 Geschäftsjahr

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 5 Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft können alle Personen erwerben, die die Bestrebungen des Vereins unterstützen und seine Satzung anerkennen.
2. Die ordentlichen Mitglieder des Vereins werden unterschieden in:
 - a) Aktive Mitglieder, dies sind Mitglieder, die am Spielbetrieb teilnehmen.
 - b) Jugendmitglieder, dies sind Mitglieder, die das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht haben.
 - c) Gastmitglieder, dies sind Mitglieder, die dem Verein nur auf Zeit angehören.
 - d) Ehrenmitglieder, dies sind Personen, die sich um den Verein hervorragende Verdienste erworben haben. Sie können durch die Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern gewählt werden.
 - e) Passive Mitglieder, dies sind Mitglieder, die an allen nichtsportlichen Veranstaltungen, jedoch nur beschränkt am Spielbetrieb teilnehmen können.

§ 6 Antrag auf Mitgliedschaft

1. Der Antrag auf Mitgliedschaft im Verein ist dem Vorstand schriftlich einzureichen.
2. Über den Antrag auf Mitgliedschaft entscheidet der Vorstand ohne Angabe von Gründen.
3. Die Mitgliedschaft wird mit rechtsverbindlicher Unterzeichnung des geltenden Beitrittsformulars und dessen Genehmigung durch den Vorstand gemäß § 6 Abs. 2 wirksam.
4. Minderjährige können die Mitgliedschaft nur mit Genehmigung ihrer Erziehungsberechtigten erwerben. Der/Die Erziehungsberechtigte(n) muss/müssen dem Aufnahmeantrag zustimmen und diesen mitunterzeichnen. Die Teilnahme des Minderjährigen an Wettkämpfen ist durch eine generelle schriftliche Einverständniserklärung der/des Erziehungsberechtigten zu genehmigen.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Alle Mitglieder des Vereins haben gleiche Rechte und Pflichten. Eine satzungswidrige oder sachlich nicht gerechtfertigte Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Mitglieder ist nicht gestattet. Alle Mitglieder sind berechtigt, an den Mitgliedsversammlungen teilzunehmen, Anträge zu stellen und an Abstimmungen und Wahlen durch Ausübung des Stimmrechts mitzuwirken. Soweit sie das 18. Lebensjahr überschritten haben, sind sie wählbar.
2. Jugendmitglieder (bis zum 18. Lebensjahr), Gastmitglieder und passive Mitglieder besitzen in der Mitgliederversammlung kein Antrags- und Stimmrecht. Sie können aber an den Mitgliederversammlungen teilnehmen und Diskussionsbeiträge leisten.
3. Alle Mitglieder haben das Recht die Einrichtungen des Vereins im Rahmen der Satzung und Beschlüsse des Vereins, sowie der geltenden Platz- und Belegungsordnung zu benutzen.
4. Jedem Mitglied, das sich in seinen Rechten verletzt fühlt, steht das Recht der schriftlichen Beschwerde an den Vereinsvorstand offen.
5. Die Mitgliedschaftsrechte ruhen, wenn ein Mitglied länger als 3 Monate mit seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Verein im Rückstand bleibt, bis zu deren Erfüllung.
6. Die Mitglieder sind insbesondere verpflichtet:
 - a) den Verein in seinen sportlichen Bestrebungen zu unterstützen;
 - b) den Anordnungen des Vorstandes und der besonderen Beauftragten Folge zu leisten;
 - c) die jeweils gültige Platz- und Belegungsordnung zu befolgen;
 - d) ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen;
 - e) Tennisplätze, Vereinsräume und Vereinseigentum schonend und pfleglich zu behandeln;
 - f) den Zweck des Vereins nach Kräften zu fördern und zu unterstützen.

§ 8 Verlust der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Ausschluss.
2. Der Austritt eines Mitglieds aus dem Verein erfolgt durch schriftliche Austrittserklärung an den Vorstand unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Ein Austritt ist frühestens nach 12 Monaten möglich. Ausnahmen regelt der Vorstand.
3. Ein Mitglied kann auf Zeit oder dauernd aus dem Verein ausgeschlossen werden:
 - a) wenn es gegen die Satzung verstoßen hat;
 - b) wenn es seinen Verpflichtungen gegenüber dem Verein nicht nachkommt, sowie den Interessen des Vereins grob oder wiederholt zuwiderhandelt (vereinsschädigendes Verhalten);
 - c) wenn es länger als 3 Monate mit der Entrichtung des Vereinsbeitrages im Verzug ist und auch 4 Wochen nach erfolgter schriftlicher Mahnung die rückständigen Beiträge nicht bezahlt hat;
 - d) gegen diese Entscheidung steht dem/der Ausgeschlossenen innerhalb von 4 Wochen nach Zustellung des Beschlusses die Möglichkeit des begründeten, schriftlichen Einspruchs an den Vorstand zu, der über den Einspruch entscheidet.
 - e) wenn es gegen die Interessen des Vereins verstoßen hat. Dazu gehört die Missachtung von Grundsätzen des Kinder- und Jugendschutzes, wie dies im Verhaltenskodex des Landessportbundes niedergelegt ist. Dazu gehört auch die Kundgabe rechtsextremistischer, rassistischer oder fremdenfeindlicher Gesinnung, einschließlich des Tragens beziehungsweise Zeigens rechtsextremer Kennzeichen und Symbole.
4. Mit dem Tag des Ausscheidens oder Ausschlusses verliert der/die Betroffene alle Rechte eines ordentlichen Vereinsmitgliedes und jeden Anspruch auf das Vermögen des Vereins. Der Anspruch des Vereins auf Zahlung rückständiger Beiträge und Erfüllung noch bestehender sonstiger Verbindlichkeiten gegenüber dem Verein wird dadurch nicht berührt. Eingezahlte Beiträge werden nicht zurückgezahlt. Ausgeschlossene Mitglieder sind von ihrem Ausschluss schriftlich zu benachrichtigen. Ausscheidende Mitglieder bleiben bis zum Tage des Ausscheidens an Satzung, Ordnung und Beschlüsse des Vereins gebunden.

§ 9 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. der Vorstand;
2. die besonderen Beauftragten;
3. die Mitgliederversammlung.

§ 10 Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des erweiterten Vorstandes (Gesamtvorstand) und des geschäftsführenden Vorstandes (Geschäftsführung)
2. Der geschäftsführende Vorstand (Geschäftsführung) besteht aus:
 - a) I. Vorsitzender
 - b) II. Vorsitzender
 - c) Kassenwart
 - d) I. Sportwart
 - e) Jugendwart
3. Der erweiterte Vorstand (Gesamtvorstand) besteht aus:
 - a) I. Vorsitzender
 - b) II. Vorsitzender
 - c) Kassenwart
 - d) 2 Sportwarten
 - e) Jugendwart
 - f) 2 Schriftführern (2. Schriftführer = Pressewart)
 - g) Beisitzender / Platzreferent
 - h) Gesellschaftswart
4. Die Mitglieder des erweiterten und des geschäftsführenden Vorstandes werden durch Mehrheitsbeschluss der ordentlichen Mitgliederversammlung für eine Amtsdauer von 2 Jahren gewählt. Nicht stimmberechtigt und wählbar sind die in § 7 Abs. 2 genannten Mitglieder.
5. Die Wahl der Vorstandsmitglieder hat geheim zu erfolgen, soweit mehr als ein Kandidat zur Wahl steht; anderenfalls erfolgt sie durch Handaufheben. Gewählt ist der Kandidat, der die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigt. Der alte Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig.
6. Der erweiterte Vorstand (Gesamtvorstand) ist vom I. Vorsitzenden oder vom II. Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Die Beschlussfähigkeit erfordert die Anwesenheit von mindestens 5 Vorstandsmitgliedern. Entscheidungen werden durch einfachen Mehrheitsbeschluss gefällt; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des I. Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 11 Besondere Beauftragte

1. Zur Unterstützung des Vorstandes werden besondere Beauftragte bestellt, die alljährlich durch die ordentliche Mitgliederversammlung für das jeweilige Geschäftsjahr bei gleicher Stimmberechtigung aller ordentlichen Mitglieder, ausgenommen die in § 7 Abs. 2 genannten, durch Handaufheben gewählt werden.
2. Als besondere Beauftragte werden alljährlich bestellt:
 - a) 2 Kassenprüfer
 - b) Vergnügungsausschuss
3. Entsprechend § 11 Abs. 1 können bei Bedarf weitere besondere Beauftragte zur Unterstützung des Vorstandes für spezielle Zwecke und Aufgaben des Vereins bestellt werden, sofern und solange der Vorstand einen solchen Bedarf für gegeben erachtet.

§ 12 Vertretung des Vereins

1. Die Geschäftsführung sowie die gesetzliche Vertretung des Vereins im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches obliegt dem geschäftsführenden Vorstand (Geschäftsführung).
2. Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich; er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Je 2 Vorstandsmitglieder des geschäftsführenden Vorstandes sind für die Belange des Vereins vertretungs- und zeichnungsberechtigt.

§ 13 Verwaltung des Vereins

1. Der Vorstand ist den Mitgliedern gegenüber für die Einhaltung der Satzungsbestimmungen verantwortlich.
2. Über alle von den Organen des Vereins abgehaltenen Sitzungen und gefassten Beschlüsse sind Protokolle anzufertigen. Diese sind von dem Vorstand zu genehmigen und anschließend von dem Protokollführer verantwortlich zu unterzeichnen.

3. Alle zu Amtsinhabern im Verein gewählten Personen führen ihre Geschäfte ehrenamtlich. Sie haben Anspruch auf Ersatz der Auslagen, die ihnen bei der Ausübung ihres Amtes erwachsen. Einzelheiten regelt der Vorstand.
4. Der Kassenwart verwaltet das Vereinsvermögen. In Kassenbelangen ist jedes Vorstandsmitglied allein zeichnungsberechtigt. Bei Ausgaben über 500 € ist die Unterschrift von 2 Vorstandsmitgliedern erforderlich. Darüber hinausgehende Ausgaben bedürfen eines Vorstandsbeschlusses. Ausgaben über 10.000 € bedürfen, soweit sie nicht im Rahmenetat festgelegt sind (§ 15 Abs. 2c) der Genehmigung der Mitgliederversammlung.
5. Die Sportwarte regeln den Spielbetrieb, die Mannschaftsaufstellungen, Trainingszeiten, Platzeinteilungen und Terminabschlüsse. Sie sind zur gleichmäßigen Berücksichtigung und Förderung aller Spielergruppen verpflichtet. Im Einvernehmen mit den Sportwarten trifft der Jugendwart entsprechende Regelungen für die Jugendmitglieder.
6. Die Schriftführer erledigen den Schriftverkehr; jeweils 1 Schriftführer führt das Protokoll zu sämtlichen offiziellen Sitzungen der Organe des Vereins. Der 2. Schriftführer hält, im Einvernehmen mit dem Vorstand, den Kontakt zur regionalen Presse.
7. Die Kassenprüfer prüfen am Schluss eines jeden Geschäftsjahres gemeinsam die Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung. Eine Kassenprüfung ist Voraussetzung für die Entlastung des Vorstandes. Über die Prüfung ist ein von beiden Kassenprüfern unterschriebener Bericht anzufertigen und der Hauptversammlung vorzulegen. Ein Vorstandsmitglied kann nicht zugleich Kassenprüfer sein.
8. Der Gesellschaftswart ist zusammen und im Einvernehmen mit dem Vergnügungsausschuss für die Organisation offizieller Klubveranstaltungen im Sinne des § 2 Abs. 1c verantwortlich.

§ 14 Finanzverwaltung

Für die Finanzverwaltung des Vereins sind folgende Vorschriften maßgebend:

1. Der Kassenwart hat im Laufe des Geschäftsjahres alle Einnahmen und Ausgaben des Vereins in einem Kassenbuch genau und nach Datum geordnet niederzuschreiben; vor allem auch für die pünktliche Einziehung der Aufnahmegebühren und Mitgliedsbeiträge zu sorgen. Einnahmen und Ausgaben sind durch Rechnungen, Quittungen oder sonstige Belege nachzuweisen. Die Belege sind fortlaufend zu nummerieren und aufzubewahren.
2. Der Kassenwart hat nach Schluss eines jeden Geschäftsjahres die Kassenführung abzuschließen, eine genaue Aufstellung des vorhandenen Vereinsvermögens anzufertigen und der ordentlichen Mitgliederversammlung vorzulegen. Aus dem Kassenabschluss muss die Haushaltsrechnung des Vereins für das abgelaufene Geschäftsjahr genau ersichtlich sein.
3. Der Vorstand ist für die sachgemäße Verwendung der Gelder verantwortlich.

§ 15 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung regelt die Angelegenheiten des Vereins, soweit sie nicht vom Vorstand oder den besonderen Beauftragten geregelt werden. Sie dient zugleich der Beratung und gemeinsamen Aussprache in Vereinsangelegenheiten.
Sie entscheidet weiterhin endgültig über Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und dem Verein.
2. Die Mitgliederversammlung beschließt insbesondere über:
 - a) die Wahl des Vorstandes und der besonderen Beauftragten;
 - b) die Entlastung des Vorstandes und der besonderen Beauftragten. Wird die Entlastung verweigert, ist der Betroffene damit von seinem Amt abgewählt;
 - c) die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und den vom Vorstand vorzulegenden Rahmenetat für das jeweils neue Geschäftsjahr;
 - d) Satzungsänderungen
 - e) die Auflösung des Vereins.
3. Die ordentliche Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) wird jährlich einmal abgehalten und zwar spätestens bis Ende März des Kalenderjahres.
4. Außerordentliche Mitgliederversammlungen werden vom Vorstand je nach Bedarf und wenn das Interesse des Vereins es erfordert einberufen. Die Einberufung hat zu erfolgen, wenn dies von mindestens einem Viertel (25 %) der stimmberechtigten Mitglieder des Vereins schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangt wird.
5. Zu den Mitgliederversammlungen sind die Mitglieder spätestens 2 Wochen vor dem Sitzungstermin unter Übersendung der Tagesordnung vom Vorstand schriftlich einzuladen. Können die Tagesordnungspunkte in einer Mitgliederversammlung nicht abschließend beraten und behandelt werden, so kann - aber nur in diesen Fällen - vom Vorstand in der Versammlung mündlich zu einer zweiten, mindestens 1 Woche später stattfindenden Mitgliederversammlung eingeladen werden. In diesem Fall sind der neue Termin und die noch anstehenden Tagesordnungspunkte zusätzlich unverzüglich durch Aushang im Vereinsgebäude bekannt zu geben.

6. In der Mitgliederversammlung entscheiden die nach § 7 stimmberechtigten Mitglieder grundsätzlich mit einfacher Mehrheit. Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist grundsätzlich ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
7. Eine Satzungsänderung kann nur mit einer 3/4 Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
8. Sofern mehr als 1 Vereinsmitglied zur Wahl für ein Amt zur Verfügung steht, erfolgt die Abstimmung schriftlich und geheim; andernfalls durch einfaches Handaufheben.
9. Mitglieder, die in der Mitgliederversammlung nicht anwesend sind, können nicht wählen, aber gewählt werden, wenn ihre schriftliche Zustimmung vorliegt.

§ 16 Gebühren und Beiträge

1. Die Mitgliederversammlung beschließt auf Vorschlag des Vorstandes über die Höhe der jeweils geltenden Mitgliedsbeiträge sowie über Festlegung und Höhe von Aufnahmegebühren für alle ordentlichen Mitglieder. Es können unterschiedliche Beiträge für aktive Mitglieder, Jugendmitglieder, Gastmitglieder und passive Mitglieder festgesetzt werden. Darüber hinaus können Familienbeiträge beschlossen werden.
2. Festlegung und Höhe von Trainingsgebühren und sonstigen Zahlungen für zusätzliche Leistungen des Vereins werden vom Vorstand beschlossen.
Es können gestaffelte Gebühren entsprechend § 16 Abs. 1 festgesetzt werden.
3. Soweit kein Abbuchungsauftrag erteilt ist, verpflichten sich die Mitglieder den jeweils geltenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich im Voraus zu entrichten.
4. Eine Sondergebührenerhebung kann nur die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes beschließen.
5. Ehrenmitglieder sind von Gebühren und Beiträgen befreit.

§ 17 Ehrungen

1. Für außerordentliche Verdienste um den Verein kann ein ordentliches Mitglied auf Vorschlag des Vorstandes durch eine Mitgliederversammlung zum "Ehrenmitglied" ernannt werden. Für den Beschluss ist eine 2/3 Mehrheit der anwesenden, stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.
2. Die Entziehung der Ehrenmitgliedschaft kann auf Antrag des Vorstandes nur durch eine Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit ausgesprochen werden.
3. Ordentliche Mitglieder und andere Personen, die sich besondere Verdienste um den Sport oder um den Verein erworben haben, können durch den Vorstand mit einer "Ehrenauszeichnung" ausgezeichnet werden.
4. Der Vorstand kann durch Beschluss Ehrenauszeichnungen wieder aberkennen, wenn ihre Besitzer rechtswirksam aus dem Verein, dem Landessportbund Hessen e.V., einem Fachverband oder einer anderen Sportorganisation ausgeschlossen worden sind.
5. Ehrenmitglieder haben, abgesehen von § 16 Abs. 5, die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Mitglieder.

§ 18 Auflösung oder Aufhebung des Vereins

1. Der Antrag auf Auflösung des Vereins kann vom Vorstand oder mehr als der Hälfte aller Mitglieder gestellt werden. In diesem Fall hat der Vorstand unverzüglich eine außerordentliche Mitgliederversammlung unter Mitteilung des Antrages einzuberufen.
2. Die Auflösung des Vereins bedarf der Zustimmung von 3/4 sämtlicher Mitglieder. Ist in der zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung diese Stimmzahl nicht vertreten, so ist innerhalb von 14 Tagen eine zweite Mitgliederversammlung einzuberufen, die mit 3/4 Mehrheit der anwesenden Mitglieder über die Auflösung beschlussfähig ist. Für die erneute Einberufung der Mitgliederversammlung gilt § 15 Abs. 5 S. 2 der Satzung.
3. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins können Mitglieder höchstens die von ihnen eingezahlten Kapitalanteile und den Gemeinwert der geleisteten Sacheinlagen zurückerhalten.
4. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins, oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden. Beschlüsse über die zukünftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

Diese Neufassung der Satzung des tennis-klub raunheim e.v. ist am 09.05.2025 in Kraft getreten und ersetzt die bisherige, im Vereinsregister beim Amtsgericht Darmstadt unter dem Az.: VR 80184 eingetragene Fassung der Satzung des Vereins.